

INFO DIE LINKE.

Kiel, 30. April 2009

SCHLESWIG-HOLSTEIN

INFOBRIEF DER PARTEI DIE LINKE.SCHLESWIG-HOLSTEIN

Solidarität, Demokratie und Frieden - gemeinsam für den Wechsel in Europa



Schon bei der Generaldiskussion hatten Setliche Beobachter den Eindruck: Die meisten Delegierten aus dem Westen klatschten bei Reden von Westdelegierten, die meisten Delegierten aus dem Osten klatschten bei Reden von Ostdelegierten. Einen gegenseitigen Dialog gab es nur sehr begrenzt. Viel Beifall erhielten Kampfansagen an den Neoliberalismus, das kapitalistische System und den Lissabon-Vertrag. Beiträge, die sich mit konkreten Fragen befassten, wie ein Beitrag von Kerstin Kaiser (Fraktionsvorsitzende im Landtag von Brandenburg) zur Entwicklung von Grenzregionen wie der des Landes Brandenburg mit Polen und der Bedeutung der europäischen Integration in diesem Zusammenhang, waren die Ausnahme.

Um das Europawahlprogramm hatte es schon im Vorfeld heftige Auseinandersetzungen gegeben. Ein erster Entwurf war im Parteivorstand als zu unkritisch gegenüber der EU zur erneuten Überarbeitung zurückgewiesen worden. Nach deutlicher Kritik in den Medien lag dem Parteitag nun ein von Thomas Nord (Landesvorsitzender Brandenburg), Thomas Händel (Bayern), Wolfgang Gehrcke (Parteivorstand) – einem der größten Kritiker des ersten Entwurfs – eingebrachter Änderungsantrag zu einer allzu schroffen, EU-kritischen Passage in der Einleitung des Entwurfes zum Europawahlprogramm vor. Der mit großer Mehrheit beschlossene Änderungsantrag geht zwar nach wie vor von der Kritik des EU-Verfassungsentwurfes und des Lissabonner Vertrages aus, entwickelt aber für einen Politikwechsel in der EU positive Forderungen.

Nach der Verabschiedung des Europawahlprogramms und weniger weiterer Anträge begann die Vertreter/ innenversammlung. Insgesamt fühlten sich über 80 Leute berufen, für die 30köpfige Liste zu kandidieren. In zwei Fällen gab es tatsächlich auch das schlechtestmögliche Stimmenergebnis von 0 Stimmen. Auf Platz 1 wurde Lothar Bisky ohne Gegenkandidat mit 93,4 % der Stimmen gewählt. Auf den Plätzen danach konnten sich die Vorschläge des Bundesausschusses durchsetzen. Die bisherigen EU-MdEP Sylvia -Yvonne Kaufmann und André Brie scheiterten auf Platz 7,9,12 und 13. Der Platz, auf dem ein Kandidat gegen die Vorschlagsliste gewählt wurde, war Platz 10 mit Thomas Pflüger.

- Auszüge aus PB 3/09, Wolfgang Freye

Bundesliste zur Europawahl 2009

1. Lothar Bisky (Parteivorsitzender)
2. Sabine Wils (Hamburg)
3. Gabriele Zimmer (Thüringen, MdEP)
4. Thomas Händel (Bayern)
5. Cornelia Ernst (Sachsen, MdL)
6. Jürgen Klute (Nordrhein-Westfalen)
7. Sabine Lösing (Parteivorstand)
8. Helmut Scholz (Parteivorstand)
9. Martina Michels (Berlin; Mda)
10. Tobias Pflüger (MdEP, Baden-Württemberg)
11. Sidar Aydinlik-Demirdögen (Vors. des Bundesverbandes der Migrantinnen in Deutschland e.V.)
12. Sascha Wagener (Linksjugend, solid, Parteivorstand)
13. Ruth Firmenich (Parlam. Assistent von S. Wagenknecht)
14. Wilfried Telkämper (Baden-Württemberg)
15. Ulrike Voltmer (Saarland)
16. Fabio de Masi (Hessen)
17. Doreen Föse (Schleswig-Holstein)
18. Keith Barlow (Sachsen)

In dieser Ausgabe:

SEITE 1 UND 2

Europawahlen: "Gemeinsam für den Wechsel" und Doreen Föse, die Kandidatin für Europa aus Schleswig Holstein

SEITE 3 BIS 5

Anitfaschistische Aktionen

SEITE 6

Buchbesprechung von R. Iden: "Eine kurze deutsche Geschichte Jugoslawiens"

SEITE 7

P. Wolter: "Trennung von Amt und Mandat"

SEITE 8

"LAG 50 plus": Seniorenpolitische Arbeitsgemeinschaft

SEITE 9 BIS 11

Edda Lechner: "Das Skandinavische Wohlfahrtsmodell" - 2. Teil der Analysen



Oberbürgermeister - Wahlen in Kiel hat sich gelohnt

Der Landesvorstand hat in seiner Sitzung vom 19.3. einmütig festgestellt, dass es richtig war zu diesen Wahlen anzutreten. Als LINKE sollten wir Wahlen, auch Mehrheits- und Personenwahlen, nicht aus dem Wege gehen, sondern sie als Chance sehen und nutzen, um unsere inhaltlichen Positionen zu transportieren und um deutlich zu machen, dass wir über politische Antworten und über qualifizierte Kandidaten verfügen. Allen Widrigkeiten und festzuhaltenden Problemlagen zum Trotz ist es den Kieler GenossInnen gelungen, die Präsenz und das Image der LINKEN in der öffentlichen Wahrnehmung Schleswig-Holsteins positiv zu verändern. Dank dafür an den Kandidaten Raju Sharma und die WahlkämpferInnen.

- Mitglieder-Info, 24.3.09, gekürzt

Dreizehn BewerberInnen

Aus unserem Landesverband hatten 13 (!) Genossinnen und Genossen ihre Kandidaturen angekündigt, einige zogen aber vorher zurück. Hüsseyin Kent (Kiel, Mitglied des Landesvorstands) hat zum Beispiel verzichtet. Der im letzten Moment vom Landesrat unterstützte Andreas Regner (ebenfalls aus Kiel) lieferte auf Platz 14 eine sehr respektable Vorstellung. Die war deutlich besser, als das bescheidene Ergebnis, das allerdings erwartet werden musste.

Doreen Föse aus Dithmarschen wurde mit 53,7 % auf Platz 17 der Liste gewählt. Wir gratulieren ihr von dieser Stelle herzlich zu diesem Erfolg!

- Cornelia Möhring, MitgliederInfo 13/09

Krabben von Büsum nach Marokko und zurück

Rede von Doreen Föse auf dem Bundesparteitag in Essen



Liebe Genossinnen und Genossen,

Mein Name ist Doreen Föse (siehe Bild rechts). Ich wurde 1981 auf Rügen geboren und bin gelernte Restaurationsfachfrau. Seit 2003 lebe ich in Dithmarschen/Schleswig-Holstein.

Ich stehe für die sozialen Grundsätze der Partei und für eine europaweite soziale Grundsicherung ein, deshalb bin ich in die Partei eingetreten. Aufgrund der voranschreitenden Klimaerwärmung, die von Menschen beschleunigt wird, und der zunehmenden Umweltverschmutzung möchte ich für das Europaparlament kandidieren.

Um CO₂ - Emissionen verringern zu können, müssen wir es schaffen, die LKW's von der Straße zu bekommen und deren Waren auf Schiffe und die Schiene zu verlegen. Die Bahn sollte den Auftrag bekommen, ein Konzept zu erstellen, dass es den Unternehmern ermöglicht, die Waren auf der Schiene effizienter zu transportieren als auf der Straße.

In meinen Augen ist es eine unsinnige Investition, dass Krabben, die in Büsum gefangen werden, erst mit dem LKW nach Marokko transportiert werden müssen, um dort von schlecht bezahlten Frauen bearbeitet und dann mit dem LKW nach Deutschland zurück transportiert zu werden. Es wäre sinnvoller, die Krabben am Fangort zu verarbeiten und so regionale Arbeitsplätze zu schaffen.

Bei den ständig steigenden Energiepreisen und der weltweit zunehmenden Umweltverschmutzung ist es mir unverständlich, dass immer noch neue Kohlekraftwerke gebaut werden sollen. Jeder weiß doch, dass die fossilen Brennstoffe in absehbarer Zeit

weltweit zur Neige gehen. Deshalb sehe ich es als große Alternative an, auf erneuerbare Energien zu setzen. Dies wären Sonne, Wind und Wasser. Schon heute werden in Schleswig-Holstein Windkraftanlagen gebaut und man findet Solarkraftzellen auf den Dächern. Diese Art Energiegewinnung sollte weiter gefördert werden.

Ein weiterer Themenpunkt ist die CCS-Technologie (Carbon Dioxid Capture and Storage = Abscheidung und Lagerung von CO₂).

Vorteil dieser Technologie wäre:

- der CO₂ - Ausstoß in die Luft wird verringert

Die Nachteile wären:

- die fossilen Brennstoffe werden weiter ausgebeutet
- CCS verbraucht zwischen 10% und 40% der erzeugten Energie, dadurch reduziert sich der Wirkungsgrad erheblich
- eine sichere und dauerhafte Lagerung ist nicht garantiert
- die Strompreise werden dadurch steigen
- es gibt keine ausreichenden Lagerstätten, die in der Nähe der Kohlekraftwerke liegen
- es gibt keine Garantie, dass die Lagerstätten entsprechend geeignet und während der erforderlichen Zeitdauer ausreichend sind
- bei geologischen Lagerstätten ist das Risiko einer Undichtigkeit groß
- da die CCS - Technologie teuer ist, behindert diese Forschung auch die regenerativen Energien

Dies sind nur ein paar Nachteile der CCS-Technologie, aber bei weitem noch nicht alle.

Danke

Antifaschistische Aktionen

Protestzüge und Polizeigewalt

Massive Polizeigewalt überschattet friedliche und kreative Proteste

von Stefan Karstens

Lübeck. Am 28. März marschierten rund 200 Neonazis anlässlich ihrer alljährlichen Zusammenrottung durch die Hansestadt Lübeck, um das Gedenken an die Opfer des Krieges für ihre menschenverachtende und geschichtsverfälschende Propaganda zu missbrauchen. Ein breites Bündnis aus Kirchen, Gewerkschaften, Parteien und basisdemokratischen Gruppen organisierte unter dem Motto "Wir können sie stoppen!" Proteste gegen den Aufmarsch der braunen Horden. Etwa 3500 Lübeckerinnen und Lübecker sowie Menschen aus dem ganzen Land setzten ein deutliches Zeichen, den Faschisten nicht unwiderrprochen die Straßen zu überlassen.

Auch der Kreisverband Rendsburg-Eckernförde der Partei DIE LINKE beteiligte sich an den Protesten: In einem von uns gecharterten Bus fuhren 30 Genossinnen und Genossen, Mitglieder des VVN-BdA sowie junge Antifaschistinnen und Antifaschisten nach Lübeck.

Kreativen Protesten zahlreicher Menschen ist es zu verdanken, dass die Faschisten erst verspätet mit ihrem Aufmarsch beginnen konnten. Noch vor Beginn der Nazi-Versammlung aber zeigte die Polizei ihre massive Gewaltbereitschaft: Der friedliche Sitzstreik junger Menschen im Bahnhofsgebäude, welche damit die Anreise der Neonazis verhindern wollten, wurde mit Knüppeln und Pfefferspray beendet. Es kam zu ersten Festnahmen, mehrere Protestierende wurde zum Teil erheblich verletzt.

Der gesamte Stadtteil St. Lorenz - durch welchen die Faschisten ziehen wollten - war bereits in den Morgenstunden durch Einsatzkräfte hermetisch abgeriegelt worden. Tausenden Anwohnern wurde so das Grundrecht auf Freizügigkeit in ihrer eigenen Nachbarschaft genommen, um den Neonazis eine ungestörte Durchführung ihres Aufmarsches zu ermöglichen.

Dennoch gelang es hunderten Protestierenden, Kirchgängern und engagierten Anwohnern, innerhalb des abgesper-



ten Stadtteilen gegen die Faschisten zu demonstrieren. Der zentrale Kundgebung der Neonazis am Ziegelteiler konnte so lautstark widersprochen werden. Im Anschluss wurde der Zug der Faschisten in der Ziegelstraße friedlich durch Protestierende begleitet, den Braunen so gezeigt, dass sie weder in Lübeck noch sonstwo erwünscht sind. Ergebnis dieser Aktion war, dass die Marschroute der größtenteils verbotenerweise vermummten Neonazis durch die Polizei abgekürzt wurde. In Folge der Umsetzung dieser Maßnahme begannen die polizeilichen Einsatzkräfte - trotz des bisher völlig friedlichen und gewaltlosen Verlaufs der Protestkundungen - massiv gegen Protestierende vorzugehen. Die sich in die umliegenden Gärten und Parks flüchtenden Demonstranten wurden durch Einsatzgruppen der Polizei verfolgt, Diensthunde von der Leine gelassen. Wer verletzt oder unverletzt der Polizei in die Hände fiel wurde sofort in Gewahrsam genommen. Auch völlig unbeteiligte Anwohner und Passanten bekamen die Polizeigewalt zu spüren.

Wieder einmal hat sich in beschämender Weise der Protestruf "Deutsche Polizisten schützen die Faschisten" bewahrheitet.

Ein späterer Demonstrationszug von Antifaschistinnen und Antifaschisten durch die Hansestraße endete mit dem Einsatz von Knüppel und Wasserwerfer. Zahlreiche Verletzte und Verhaftete waren die Folge des völlig unverhältnismäßigen Polizeieinsatzes. Ein späterer Rechtfertigungsversuch der Polizei für

das brutale Vorgehen, die Wache in der Hansestraße sei angegriffen und Scheiben eingeworfen worden, bleibt fragwürdig: Bei einem Besuch der Polizeiwache durch kirchliche Mitglieder des Bündnisses am späten Nachmittag konnte keinerlei Glasbruch festgestellt werden.

Bis zum Schluss setzte die Polizei auf eine Taktik der Eskalation: Kurz vor Abreise der Neonazis wurden alle in der Umgebung des Bahnhofes sich befindlichen Menschen - ob Protestierende, Anwohner oder Passanten - auf dem Bahnhofsvorplatz zusammengetrieben und eingekesselt, um den Faschisten eine unbehelligte Abreise zu ermöglichen.

In einer Pressemitteilung der Landespolizei äußerte deren Sprecherin am Abend: "Besonders erschreckend sei die hohe Gewaltbereitschaft junger Menschen gegen unbeteiligte Personen, Einsatzkräfte der Polizei und fremdes Eigentum." Eine Aussage, die erstaunt. Nur in wenigen Einzelfällen kam es zu von Seiten der Protestierenden ausgehenden Rangeleien mit Einsatzkräften. Nach eigenen Angaben sollen insgesamt vier Polizeifahrzeuge beschädigt worden sein, zwei Beamte erlitten leichte Verletzungen, blieben aber dienstfähig.

Aufgrund des brutalen Vorgehens der Polizei erscheinen diese - unnötigen und kontraproduktiven - Vorfälle wie Akte verzweifelter, ohnmächtiger Wut. Von unabhängigen Beobachtern konnte nicht bestätigt werden, dass es zu vorsätzlichen und organisierten Gewalttätigkeiten gegen Polizistinnen und Polizisten, Teilneh-

mer des Nazi-Aufmarsches oder unbeteiligte Dritte durch Protztiere gekommen ist. Behauptungen in diese Richtung sind eine Farce, einzig in Umlauf gebracht um das brutale Vorgehen der Einsatzkräfte im Nachhinein zu rechtfertigen und von der Tatsache abzulenken, dass nur der unverhältnismäßige und gewalttätige Einsatz der Polizei den Faschisten überhaupt ermöglicht hat, ihre mörderische Ideologie in der Hansestadt Lübeck auf die Straße zu tragen.

Der Leiter der Lübecker Versammlungsbehörde - der selbst bei der Protestkündigung auf dem Bahnhofsvorplatz anwesende - Bürgermeister Bernd Saxe (SPD) sowie der Landesinnenminister Lothar Hay (SPD) werden sich ernsthaften Fragen zu stellen haben, ob ein derartiger Missbrauch der Polizei zum Schutz von Naziaufmärschen mit den Gepflogenheiten eines demokratischen Rechtsstaates vereinbar sind.

Nachtrag: Auch mitgereiste Antifaschistinnen und Antifaschisten aus Rendsburg und Eckernförde wurden Opfer polizeilicher Willkür, weil sie sich offenbar "zur falschen Zeit am falschen Ort" aufgehalten haben. Nur dem couragierten und vehementen Einsatz des Busfahrers, der darauf bestand alle Mitreisenden wieder sicher nach Hause zu bringen, ist es zu verdanken dass unsere jungen Mitstreiterinnen und Mitstreiter vorzeitig aus dem Polizeigewahrsam entlassen wurden.

Antifaschistische Nachrichten

Seit mehr als 20 Jahren erscheinen die „Antifaschistischen Nachrichten“ alle 14 Tage mit Berichten und Dokumenten über antifaschistische Aktionen und mit Meldungen und Hintergrundinformationen über faschistische Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa. Regelmäßig wird über rechte Publikationen berichtet.

Die Zeitschrift kann als **Papierausgabe** im Abonnement bezogen werden:

für 44 Euro im Jahresabo (26 Hefte) oder im **Internet** gelesen werden unter: <http://www.antifaschistische-nachrichten.de/index.shtml>

Zu den HerausgeberInnen gehören u.a. die VVN, das Friedenszentrum e.V. Leipzig und Ulla Jelpke.

Bestellung beim GNN-Verlag
Venloer Str. 440, 508 25 Köln
Tel: 0221 - 21 16 58
e-Mail: gnn-koeln@netcologne.de

Faschistische Provokation unterbunden – Nazi-Überfall auf Infostand des Runden Tisches verhindert

Kiel. Am 18. April hatten Mitglieder der militant-faschistischen „Aktionsgruppe Kiel“, die sich selbst als „nationale Sozialisten“ bezeichnen, beabsichtigt, auf dem Alfons-Jonas-Platz in Gaarden eine Kundgebung abzuhalten. Das organisierte Auftreten von Nazis, die u.a. mit Hetze und Gewalt gegen Menschen mit Migrationshintergrund auftreten, wird gerade in diesem Kieler Stadtteil von vielen Menschen als eine unerträgliche Provokation empfunden. Entsprechend breite Zustimmung fand der Aufruf, gegen das Auftreten der Nazis zu protestieren und es wenn möglich zu verhindern.

Am Vormittag wurde deutlich, dass die Polizei die Kundgebung der Faschisten mit allen Mitteln durchsetzen wollte. Polizeibeamte entfernten Plakate, die zum antifaschistischen Protest aufriefen, von Wänden und Anschlagssäulen. Ein massives Polizeiaufgebot wurde zusammengezogen. Eine antifaschistische Spontandemonstration, die am Bahide-Arslan-Platz ihren Anfang nahm und sich durch die Elisabethstraße in Richtung Alfons-Jonas-Platz bewegen wollte, wurde an der Kreuzung Kieler Straße gestoppt.

Die Faschisten kamen dann doch nicht nach Gaarden. Einer Gruppe von etwa 30 Nazis, die sich am Hauptbahnhof versammelt hatte, wurde von der Polizei verwehrt, in geschlossenem Zug über die Hörnbrücke zu marschieren – angesichts des sichtbar starken Widerstandswillens der Bevölkerung eine kluge Entscheidung. Verschiedene Angebote der Polizei, die Faschisten durch andere Straßen demonstrieren zu lassen (!), lehnten diese ab. Wenig später zogen die Nazis in kleineren Gruppen durch die Straßen Kiels, um sich schließlich gegen 14 Uhr in der Nähe des Rathausplatzes wieder zu vereinigen.

Ein bereits vor Wochen angemeldeter Informationsstand des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus befand sich auf dem Asmus-Bremer-Platz. Die Faschisten, die zumindest zum Teil mit Holzknüppeln bewaffnet waren, sammelten sich in der Willestraße. Dann liefen sie in Richtung Fleethörn auf den Platz zu, offensichtlich um den Stand der AntifaschistInnen zu stürmen. Zu diesem Zeitpunkt hatte auf dem Platz bereits ein alternatives Straßenfest begonnen. Inzwi-

schen hatten sich auch zahlreiche antifaschistisch gesinnte Menschen im Umfeld unseres Informationsstandes versammelt. Dem schnellen und geschlossenen Handeln vieler AntifaschistInnen, die sich den Nazis in den Weg stellten, ist es zu verdanken, dass es diesen nicht gelang sich den Zugang zum Platz zu erzwingen. Stattdessen schlugen sie einen völlig unbeteiligten Menschen zusammen und verletzten ihn so schwer, dass er ins Krankenhaus eingeliefert werden musste.

Kurze Zeit später fuhren aus mehreren Richtungen Polizeifahrzeuge auf den Platz, Polizisten mit Schlagstöcken in der Hand sprangen heraus. BeamtInnen mit Hunden liefen mit den Tieren, die keinen Maulkorb trugen, auf in der Nähe stehende Menschen zu. Ein Antifaschist wurde in den linken Arm und in den Unterleib gebissen. Das erklärte Ziel des Einsatzes war es nach AntifaschistInnen zu suchen, die bei der Abwehr des Nazi-Überfalls Faschisten geschlagen haben sollen. Tatsächlich wurden später vier Menschen mit dieser Begründung zur erkennungsdienstlichen Behandlung ins Polizeirevier Gartenstraße abtransportiert.

In der Bewertung der Vorfälle dieses Tages ist zunächst hervorzuheben, dass sich in kürzester Zeit viele Menschen zusammengekommen sind, um der Nazi-Provokation entgegenzutreten und sich dabei auch von dem massiven Polizeiaufgebot, das zum Schutz der Faschisten zusammengezogen worden war, nicht abschrecken zu lassen. Dieser Widerstand wird weitergehen, die Nazi-Banden werden ihr selbstgestecktes Ziel, Kiel im von ihnen so genannten „Kampfjahr“ 2009 wieder zu einer faschistischen „Frontstadt“ zu machen, nicht erreichen.

Die Nazis wiederum haben erneut demonstriert, dass sie ihre politischen Ziele mit der Einschüchterung andersdenkender und -lebender Menschen auch unter Einsatz brutaler Gewalt durchsetzen wollen. Da die Gewalt nicht erst beim Einsatz von Knüppeln beginnt, sondern bereits mit ihrer faschistischen Propaganda, darf es auch für sie keinen Schutz geben. Faschismus ist keine Meinung, sondern ein Verbrechen – unter dieser Losung werden wir allzeit jedem Auftritt der Nazis in Kiel Widerstand leisten.

Ein Skandal ist es, dass selbst den sich offen zum Nationalsozialismus bekennenden Gewaltverbrechern wie Peter von der Born, Daniel Zöllner, Daniel Gericke und anderen mit ihrer „Aktionsgruppe Kiel“, die eng mit der örtlichen NPD verflochten ist, der Schutz der Staatsgewalt gewährt wird, indem das Vorgehen der Polizei gegen AntifaschistInnen immer brutaler wird. Der Einsatz bissiger Hunde, der in Kiel offenbar zum Normalfall werden soll, ist ein Beispiel dafür.

Wir erneuern unsere Aufforderung an die politisch Verantwortlichen in unserer Stadt: Lassen Sie faschistische Versammlungen nicht mehr zu! Unterbinden Sie die unverhältnismäßigen und unverantwortlichen Polizeieinsätze gegen Antifaschistinnen und Antifaschisten! Unterstützen Sie stattdessen die Arbeit des Runden Tisches gegen Rassismus und Faschismus.

Der Runde Tisch gegen Rassismus und Faschismus in Kiel ruft die Bevölkerung unserer Stadt zu erhöhter Wachsamkeit gegen die Nazi-Umtriebe auf.

Mit weiteren Gewalttaten ist zu rechnen – seid wachsam und setzt euch zur Wehr! Tragen Sie bei zur Verwirklichung unserer Losung: Dies ist unsere Stadt! Hier ist kein Platz für Nazis!

- Kiel, für den Runden Tisch gegen Rassismus und Faschismus
- Bettina Jürgensen – Dietrich Lohse
- 19. April 2009

Bündnis gegen Nazis

Pinneberg. Die Neonazis wollen am 6. Juni mit 250 Leuten einen 7-stündigen Marsch mit Zwischenkundgebungen durch Pinneberg veranstalten, angemeldet durch den Neonazi Thomas Wolf. Sofort haben zwei Gruppen gegen dieses Ansinnen Widerstand angemeldet: Die **Jüdische Gemeinde Pinneberg** plant, auf derselben Route gegen den Aufmarsch zu protestieren. Und das **Friedensnetzwerk Pinneberg** will dem Aufmarsch ebenso gegenstreten, allerdings auf einer anderen Route als die Nazis – was sicher eher durch die **Kreisverwaltung** bewilligt werden wird. Ein Großaufgebot an Polizei dürfte zu erwarten sein.

Das für denselben Tag geplante, alljährlich stattfindende Kleinkunstfest hat der Veranstalter durch die **Werbegemeinschaft Pinneberg** abgesagt. Zunächst mit der Begründung es hätten sich zu wenige Künstler angemeldet. Die mit der Organisation betraute Agentur stellt inzwischen jedoch klar, dass der Faschistenmarsch

Sehr geehrte Damen und Herren, wie Ihnen sicher aus der Presse bekannt ist, hat das NPD-Mitglied und einer der bekanntesten norddeutschen Neonazis, Thomas Wulff, in Pinneberg für den 6. Juni einen Aufzug geplant.

Ich finde es wichtig, dass wir dem Ansinnen, der rechtsextremen Szene unsere Stadt als Ort Ihres öffentlichen Auftretens zu nutzen, schnell und gemeinsam mit einem Bündnis gegen Rechts entgegen treten. Ich bitte Sie daher, sich der unten stehenden Erklärung anzuschließen, damit klar ist: In Pinneberg haben Rechtsextreme keine Chance.

Kristin Alheit, Bürgermeisterin der Stadt Pinneberg
Tel.: 04101 - 211200, E-Mail: Alheit@stadtverwaltung.pinneberg.de

Wider den Hass und die Gewalt - für Toleranz und Menschlichkeit

Die Würde des Menschen ist unantastbar, sagt unser Grundgesetz. Toleranz, das Nebeneinander unterschiedlicher Religionen, Lebensentwürfe und Nationalitäten ist das Gerüst und Garant einer modernen demokratischen Gesellschaft. Rassismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung haben hier nichts zu suchen. Hass und Gewalt setzen wir unsere solidarische Kraft entgegen.

Wir Pinnebergerinnen und Pinneberger werden die Verbreitung und Verharmlosung rechtsextremen Gedankenguts nicht tolerieren. Wo Neonazis ohne gesellschaftlichen Widerspruch agieren, breitet sich der Rechtsextremismus aus. Kundgebungen und Aufmärschen rechtsextremer Gruppen stellen wir uns in Pinneberg mit allen rechtsstaatlichen Mitteln entgegen. Unser Ziel ist es, solche Veranstaltungen möglichst zu verhindern und eine Gegenöffentlichkeit am Ort des Geschehens zu organisieren. Wir werden nicht schweigen und tatenlos zusehen. Wir schmieden ein Bündnis gegen Rechts.

Das Pinneberger Bündnis gegen Rechts soll aus verschiedenen Gruppen, Institutionen, Parteien, den Kirchen und Einzelpersonen bestehen – generationsübergreifend und überparteilich. Diese Vielfalt der unterschiedlichen Akteure quer durch alle Bevölkerungsschichten, verstehen wir als Stärke, mit der wir uns den Neonazis und ihrer Ideologie entgegenstellen können.

Die Mitglieder des Pinneberger Bündnisses zeigen Zivilcourage und wollen allen Bürgerinnen und Bürgern Mut machen, sich aktiv gegen rechte Gesinnung und Gedankengut zu stellen. Wir wollen die Bevölkerung informieren und in Veranstaltungen und Aktionen aller Art gegen Rassismus und Diskriminierung einen Beitrag leisten. Das Bündnis steht allen offen, die auf dieser Grundlage gegen Rechts aktiv sein wollen. Alle Bürgerinnen und Bürger sind herzlich aufgerufen, sich unserem Bündnis anzuschließen.

der eigentliche Grund ist. In einer Erklärung heißt es:

“Das Festival sollte dieses Jahr zum achten Mal stattfinden. Die Künstler wurden – wie jedes Jahr – bundesweit über spezielle Verteiler und Netzwerke zu dem Wettbewerb aufgerufen. Bis Ende März waren bereits über 50 Bewerbungen bei uns eingegangen, aus denen die besten zehn für den geplanten Termin am Wochenende um den 6. und 7. Juni 2009 in Pinneberg ausgewählt werden sollten...

...Der einzige Grund, der zur Absage des Festivals führte, ist die Tatsache, dass demokratiefeindliche Neonazis in der Pinneberger Innenstadt aufmarschieren... Wir können uns nicht vorstellen, dass nur

ein einziger Besucher zu unserer Veranstaltung kommen würde, wenn klar ist, dass sich in der Innenstadt Neonazis und ihre politischen Gegner ein Stelldichein geben.”

Am 17. und 24. April einigten sich die Jüdische Gemeinde, VVN-BdA, DIE LINKE, SPD, DKP, GAL/Unabhängige, Antifa Elmshorn, Antifa Pinneberg, Evangelischer Propst und Einwandererbund Elmshorn (die Gewerkschaften signalisierten ihre zukünftige Beteiligung) auf zwei Bündnistreffen auf ein gemeinsames Vorgehen.

- Infos aus der Pinneberger Zeitung vom 16. und 18. April 2009, Klaus-Dieter Brüggemeann

Eine kurze deutsche Geschichte Jugoslawiens

eine Buchvorstellung von Ralf Iden

Vorgeschichte

Nach dem Ersten und Zweiten Weltkrieg war der Angriff der deutschen Streitkräfte im Rahmen der NATO am 24. März 1999 der dritte Krieg, der innerhalb nicht einmal eines Jahrhunderts von Deutschland gegen Jugoslawien bzw. Serbien geführt wurde.

Dieser Tatbestand weist auf ganz besondere, eigenständige Interessen Deutschlands hin, die weder erschöpfend mit Bündnisverpflichtungen, noch mit rein ökonomischen Interessen auf dem Balkan erklärt sind.

In seinem vor kurzem erschienenem Buch "Der ganze Südosten ist unser Hinterland - Deutsche Südosteuropapläne von 1840 - 1945", versucht Klaus Thörner zu untermauern, dass es in erster Linie geostrategische Interessen waren, die Deutschlands Balkan Politik bestimmten, und, so Thörners Ausblick, immer noch bestimmen. Diese Interessen wurden 1834 erstmalig von Friedrich List, einem bekannten deutschen Nationalökonom, formuliert. Sie haben also eine lange Geschichte und wurden von Serbien, später dann Jugoslawien, immer wieder durchkreuzt.

So schrieb Friedrich List, anno 1834, die Donau, "sei die natürliche Straße" von Zentraleuropa in Richtung Schwarzes Meer. Das sei für die deutschen Fürstentümer "die nächste und beste Handelsstraße nach dem westlichen Asien und Indien." Da die Seewege von den damaligen Kolonialmächten, vor allem Großbritannien, blockiert waren, blieb nur eine Lösung: der Landweg! Lists Konzept für eine deutsche Südostexpansion war mehr als nur ein Handelsweg. Es sollten die "großen Mineralreichtümer" der anliegenden Länder ausgebeutet werden. Außerdem sollte Land agrarökonomisch genutzt werden. Zudem erwähnte List explizit "neue Märkte" in jenen Ländern.

Kontinuitäten der deutschen Südosteuropa Expansion

Klaus Thörner belegt in seinem Buch, das Friedrich List damit den Kern der Südosteuropaexpansion der deutschen Außenpolitik benannt hat, die bis heute ihre Gültigkeit hat, und, was den Balkan betrifft, heute fast an ihrem Ziel ist.

Kontinuität über die Zeit von 1848, die Zeit Bismarcks, des Berliner Kongresses,

des späten Kaiserreichs, der NS-Zeit, bis in die Zeiten der Bundesrepublik.

Serbien als "Riegel" gegen deutsche Expansionspläne

In den 1870er Jahren, der deutsche Nationalstaat war gerade gegründet, begann der Bau der "Bagdad Bahn". Finanziert von der deutschen Bank sollte sie von Deutschland bis Basra gehen, und der wirtschaftlichen Durchdringung Südosteuropas und des Nahen Osten dienen. (Wie erwähnt war der Seeweg versperrt) Auf dem "Berliner Kongress" 1878 gelang es Serbien als eigener Staat anerkannt zu werden. Nicht zuletzt lag dies sicherlich im Interesse derjenigen, die Deutschlands Expansionspläne mit Argwohn beäugten. Soweit die Bahnstrecke durch Serbien verlief, hat Serbien dann versucht diese Bahnstrecke zu verstaatlichen. Damit wäre diese Expansionslinie durchschnitten gewesen

Deutschland verhindert Zugang zum Mittelmeer

Russland und Serbien wiederum hatten ein großes Interesse, unabhängig von Österreich/Ungarn und Deutschland, sich einen Zugang zum Mittelmeer zu verschaffen. Dass, so Thörner, hätte es ihnen ermöglicht, eine eigenständige europäische Wirtschaftspolitik, über einen Hafen an der Adria, zu betreiben. Deutschland gelang es 1912 auf der Londoner Konferenz Albanien als Staat ausrufen zu lassen. Damit war dieser Zugang erst einmal blockiert.

Der "Riegel" als Hauptgrund für den ersten Weltkrieg

Friedrich Naumann, der Namensgeber der FDP Stiftung, sprach 1913 explizit vom "Serbischen Riegel", der der deutschen Expansion ein Hindernis entgegengesetzte. Die eben grob dargelegte Konfrontationslinie, so versucht Thörner in seinem Buch zu belegen, war der Hauptgrund für den deutsch-österreichischen Angriff 1914 auf Serbien, und damit für den ersten Weltkrieg.

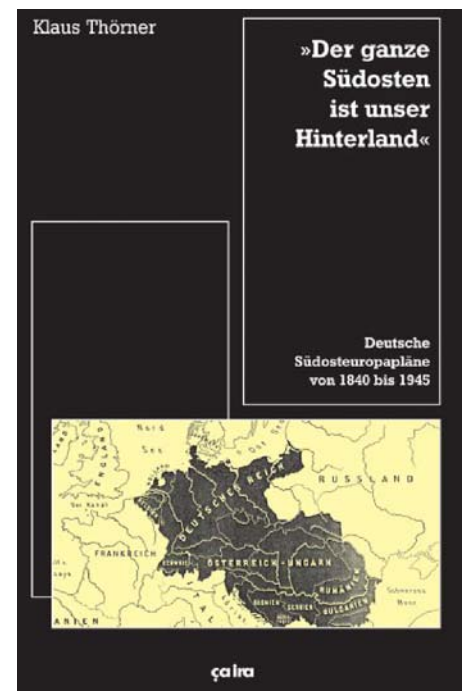
Jugoslawien macht den Nazis einen Strich durch die Rechnung

Die Lehre, die die herrschenden Kreise Deutschlands aus dem ersten Weltkrieg zogen, war nicht etwa, "Nie wieder Krieg". Im Gegenteil. Um bei künftigen

Kriegen die Ernährungsbasis der eigenen Bevölkerung zu gewährleisten, brachten sie Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien dazu, den Dreimächtepakt zu unterschreiben. Deutschland erhoffte sich, noch im Frühjahr 1941 die Sowjetunion angreifen zu können. Die Bevölkerung Jugoslawiens leistete jedoch Widerstand. Die Regierung stürzte und die Unterschrift Jugoslawiens wurde zurückgezogen. Deutschland war gezwungen seinen Angriff auf die Sowjetunion um entscheidende Monate zu verschieben, zerbombte Belgrad und filetierte Jugoslawien.

Deutschland arbeitet weiter an seinen alten Plänen

Jugoslawien war nach dem 2. Weltkrieg stärker als zuvor, wohingegen das Deutschland der Kontinuität nur halb ganz war. Aber spätestens in den 1960er



Jahren, so Thörner, setzten starke Geheimdienstaktivitäten, unter zur Hilfenahme alter Ustacha Kontakte ein, und versuchten Kroatien und Slowenien aus Jugoslawien heraus zu brechen. Damals scheiterten diese Versuche noch.

Aber knapp ein Jahr nachdem das halbe Deutschland wieder ganz war, trieb es die staatliche Anerkennung, mit freundlicher Unterstützung des Vatikans, Kroatiens und Sloweniens voran. Damit wurden nicht nur konkurrenzfähige Betriebe,

sondern auch die eigenständige jugoslawische Rüstungsindustrie zerschlagen. Mit dem Krieg gegen Rest-Jugoslawien 1999, wurde die jugoslawische Automobilindustrie zerstört (Zastava) und das Kosovo abgetrennt. 2008 wurde es als Staat von Deutschland anerkannt. Damit hat Deutschland übrigens an seine Tradition von dem Frieden von Brest Litowsk 1918 angeknüpft. Es ist ein direkter Angriff auf das internationale Recht, welches die Achtung der territorialen Integrität von Staaten durch das deutsche Separierungsprinzip ersetzt. Mit dem vermeintlichen "Selbstbestimmungsrecht der Völker" wurde hier ein gefährlicher Präzedenzfall geschaffen.

Mit Hilfe des Minoritätenvereins FUEV der unter direkter deutscher staatlicher Kontrolle steht, so Thörner, werden die ungarische und kroatische Minderheit auf die "Autonomie" der Vojvodina getrimmt. Zudem, so Thörner, ist die Spaltung Bosnien-Herzegovinas nicht ausgeschlossen. Um ihn abschließend selbst zu Wort kommen zu lassen: "Wenn man so will, ist auch das Kriegszielprogramm vom September 1914 mehr oder weniger Realität geworden. Darin war als wesentliches Ziel die Errichtung eines "mitteleuropäischen Großwirtschaftsraumes" genannt worden - formell unter Gleichberechtigung sämtlicher Mitglieder, informell aber unter deutscher Führung."

Oder wie Theobald von Bethmann Hollweg, Reichskanzler im September 1914, in seiner Denkschrift über deutsche Kriegsziele sagte: ein europäischer Zusammenschluss "unter äußerlicher Gleichberechtigung seiner Mitglieder, aber tatsächlich unter deutscher Führung, muss die wirtschaftliche Vorherrschaft Deutschlands über Mitteleuropa stabilisieren." Das", so Thörner, "ist nicht weit von den Verhältnissen entfernt, die wir heute in der EU haben: ein zollfreier Raum, in dem abhängige Staaten zusammengeschlossen sind, offiziell auf gleicher Augenhöhe, faktisch aber strikt unter deutscher Wirtschaftskontrolle." (Klaus Thörner).

Wer mehr über diesen spannenden, höchst problematischen, Teil deutscher imperialer Geschichte wissen möchte, sollte sich die Untersuchung Klaus Thörners zulegen und studieren.

Quelle:

Klaus Thörner, "Der ganze Südosten ist unser Hinterland", Deutsche Südosteuropapläne von 1840 bis 1945
Erschienen 2008, 580 Seiten, 38,00 Euro
ISBN: 978-3-924627-84-3 oder unter:
<http://oops.ibit.uni-oldenburg.de/volltexte/incoming/2000/442/>

KURZER RÜCKBLICK AUF DIE TRENnung VON AMT UND MANDAT

Erst kürzlich, bei der Vorstellung diverser Kandidaten unserer Partei für die Bundestagswahl, fielen mir wieder einmal die Debatten aus meiner Jugendzeit ein - über Sein oder Nichtsein, Amt oder Mandat. Als jemand, der seine Bemerkungen gerne ironisierend verpackt, denke ich, es hilft, eine rhetorische Distanz einzuschalten die es ermöglicht, immer wieder die Frage zu stellen, ob man sich selbst - auch wohl die Gesprächs/Lese-Partner - nicht zu ernst nimmt, zum Fanatiker mutiert.

Also, mal ganz trocken:

Es geht um etwas Uraltes - daher Ungeklärtes bzw. Unklärbares.
(Zitate: Wikipedia)

Die Oligarchie bei Platon (427-347 v. Chr.) ist die gesetzlose Herrschaft der Reichen, die nur an ihrem Eigennutz interessiert sind. Sie fällt wie die Aristokratie unter die Herrschaft der Wenigen, wobei die Aristokratie als gesetzmäßige, am Gemeinwohl ausgerichtete Herrschaft gilt. Diese Idee wurde zunächst von seinem Schüler Aristoteles (384-324 v. Chr.), und später vom griechischen Historiker Polybios (um 200 v. Chr. - etwa 118 v. Chr.) weiterentwickelt. Grundsätzlich bestand in der antiken Staatstheorie seit Platon die Idee, dass jede am Gemeinwohl orientierte Herrschaftsform (Monarchie - auch: Basileia - Aristokratie, Demokratie) ein entartetes, nur an den Interessen der Herrschenden orientiertes Gegenstück hat (Tyrannis, Oligarchie, Ochlokratie).

Obwohl das einleuchtet, hat sich am Verhalten der Menschen-Mehrheiten (griech. δῆμος - demos bedeutet "Volk") seither nichts geändert. Die oben genannten Negativformen sind ein erprobtes Stück Praxis und daher äußerst beliebt. Ihre Anwendung plätscherte durch die Jahrtausende und der Ärger darüber auch - also haben sich seit der Erfindung der Soziologie (vor kurzem) die üblichen Verdächtigen in das Thema verbissen:

Das Eherne Gesetz der Oligarchie (griech. für "Herrschaft Weniger") ist eine 1911 vorgelegte politische Theorie zur innerparteilichen Demokratie des deutsch-italienischen Soziologen Robert Michels (1876-1936). Die Theorie geht davon aus, dass Führungsgruppen in Organisationen zwangsläufig zunehmend an den eigenen Interessen (persönliche Privilegien, Sicherung der Organisation) interessiert seien, als an den Zielen, Interessen und dem Willen der Gruppe selbst (Verselbständigung der Führung). Sie versuchten nach Michels, die soziale Basis

(Massen) zu bestimmen (Parteidisziplin), auch dann, wenn die herrschende Weltanschauung dieser Gruppierungen das Gegenteil anziele. Michels baute auf Arbeiten Gaetano Moscas (Politische Klasse) auf. Als Michels dieses Theorem formulierte, verstand er sich als Anarchosyndikalist, später wandte er sich dem faschismus Mussolinis zu. Die Theorie erschien 1911 in Michels' Klassiker der Parteienforschung "Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie. Untersuchungen über die oligarchischen Tendenzen des Gruppenlebens", den Michels zu den oligarchischen Strukturen in der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verfasste.

Ich lasse bei allem Drang zur Straffung bei Zitaten nichts aus. Das macht mich jetzt womöglich zum Anarcho-Faschisten? Na schön, mal etwas Neues. -

Und da ihr schon bis hier gelesen habt, will ich euch auch den Rest nicht ersparen:

Voraussetzung für die Demokratie im Staat oder in einer politischen Partei, ist, dass die Entscheidungsfindung beim Volk oder den Mitgliedern liegt. Nach Michels ist es dafür nötig, dass sich eine Organisation und Führung herausbilde, die die Aufgabe der Koordination übernehme. Die Masse verzichte dafür auf Souveränität, die von der Führungsschicht als Macht wahrgenommen und sogleich gefestigt und verteidigt werde.

Seine theoretische Formulierung besagt, dass jede Organisation, gleich wie demokratisch oder autokratisch sie zu Beginn gewesen sein mag, schließlich und unweigerlich zur Oligarchie führe. Besonders in großen Gruppen und komplexen Organisationen sei eine wahre Demokratie (direkte Selbstregierung) unmöglich.

Michels legt dar, dass das Eherne Gesetz der Oligarchie eintrete, da die Delegation von Aufgaben in jeder Organisation notwendig sei. Diese Delegation führe zur Bildung eines Bildungsvorsprungs von Organisations- und Fachwissens einer Führungsschicht (heute Führungs-Elite, Management), die versuche, ihren Führungsanspruch zu verteidigen und an ihren Ämtern festzuhalten (Unentbehrlichkeit).

Bürokratisierung und Spezialisierung seien die treibende Kraft hinter dem Gesetz. Durch sie bilde sich durch Arbeitsteilung eine spezialisierte Gruppe von Ad-

ministratoren in einer Ämter-Hierarchie (Linienorganisation, Zentralismus). Dies führe zu einer Rationalisierung und Routinisierung der Herrschaft (Finanzen, Presse, Bürokratie, Konkurrenz) und Entscheidungsfindung, und somit zu einer inneren Machtkonzentration mit einer Verselbständigung der Führung, die sich selbst rekrutiere (Führungsbedürfnis, Gewohnheitsrecht, Inkompetenz der Masse). Das Anwachsen dieses Organisationsgrades führe zu einem Verlust der innerorganisatorischen Demokratie, einem Verlust der Dynamik der Gruppe (Trägheit der Apparate), för-dere konservative Mechanismen und eine Verselbständigung des Organisationsapparats, und führe letztendlich zu einer Zweiteilung der Organisation und einer Entfremdung von den Mitgliedern.

Dieser Prozess wurde zuerst von Max Weber beschrieben, er wird auch in einem geringeren, aber auch zynischerem Maße, durch das Peter-Prinzip erklärt.

Worauf wollte ich eigentlich hinaus?:

Eines der wenigen Mittel, die ein frustriertes Partei(en)volk zu erfinden in der Lage war, ist ein Produkt erbitterter Auseinandersetzung mit vielen Opfern im verbliebenen Rest des letzten Jahrtausends: Das Prinzip der Ämterminimierung, schlicht: Trennung von Amt und Mandat. Ein wahrhaft schwaches Instrument gegen äonenlange Privilegierungssucht. Aber: Es erregt jederzeit wutschnaubende Aktivitäten bei den Machtjunkies. Oder auch: Entgleisungen zeigen sich nun mit einem anderen Gesicht, dann kann so ein Satz kommen "...Wer aber nur stören will, der sollte die Tür lieber von außen zumachen, und das mög-

lichst schnell... "

Das ist auch nur ein Zitat - ich zitiere unsere Landessprecherin Cornelia (13. Oktober 2008 und 24. Januar 2009), die irgendeine Parteigröße zitierte. Gegen die Kritik des Zitierens hilft immer die Behauptung, es sei die Meinung eines Anderen - was ausgesprochen werden sollte, ist jedenfalls angekommen: Schluß mit dem Gequatsche! Hat Rosa Luxemburg das je gesagt? Oder sollte ich nur den Begriff "stören" mißverstanden haben? Wo bei oder Was "stören"? Irgendwelche elitären Ziele, die ich noch nicht begriffen habe?

Die Trennung von Amt und Mandat hat einer guten Sache noch nie geschadet - nur Machtjunkies (auf allen Ebenen - klar, ich meine auch euch!) können dieses schwache Zugeständnis an die Pluralität einer Partei nicht gern haben. Deshalb wird sich auch keine Toleranz der Parteibasis gegenüber bei ihnen einbürgern. Wer uns - der Basis - erzählt, daß sie nicht auf ihr Amt als Landessprecherin verzichten kann, wenn sie denn in den Bundestag gewählt werden sollte, will uns was damit sagen? Daß eins der beiden Arbeitsfelder mit leichter Hand geführt werden kann - vielleicht gar beide? Hallo, da kann sich ja Jede(r) berufen fühlen. Legitimation für Alle! Auch wenn uns offensichtlich der Überblick bereits voll entglitten ist.

Liebe Cornelia, du bist gut beraten, dein kategorisches Festhalten an beiden Positionen gründlich zu überdenken.

Mit freundlichen Grüßen
Peter Wolter

schafflicher und politischer Debatten um zukunftsorientierte Seniorenpolitik. Während noch vor wenigen Jahren apokalyptische Zukunftsszenarien (Rentnerschwemme - Unwort des Jahres 1996) die Diskussionen um die Alten in dieser Gesellschaft dominierten, wurde mittlerweile die Perspektive gewechselt: 'Aktiv im Alter' wird jetzt als Lebensdevise für die Generation(en) 50 plus herausgegeben. Die Aufgabe eines defizitären Altenbildes wird zugunsten einer differenzierten Sicht der älteren Bürgerinnen gefordert. Die 'Potenziale des Alters in Wirtschaft und Gesellschaft' (fünfter Altenbericht



der Bundesregierung, 2005) stehen jetzt im Fokus öffentlicher Betrachtung. Entsprechend soll die Restgröße 'Altenhilfepolitik' vergangener Jahre durch eine umfassende Seniorenpolitik ersetzt werden, die als Querschnittsaufgabe unterschiedlicher Ressorts definiert wird.

Eine kurze Internetrecherche zu Seniorenpolitik beleuchtet, dass von der Bundesebene über die Länder bis zu den Kommunen Konzepte zukunftsorientierter Seniorenpolitik formuliert und unter die Leute gebracht werden. Seniorenpolitik hat in der Bundesrepublik Hochkonjunktur! ... Und eifriger Akteur ist dabei die Bertelsmann-Stiftung (Bertelsmann-Stiftung - Die unsichtbare 4. Gewalt?). Eine Tendenz zu neoliberalistischen Politikentwürfen darf vielerorts unterstellt werden.

Was sind nun die originär linken seniorenpolitischen Themen? In einem Positionspapier zur Seniorenpolitik der Linksfraktion des Deutschen Bundestages heißt es: Es sollen politische, soziale, ethische, geistig-kulturelle und rechtliche Bedingungen geschaffen werden, die ein selbstbestimmtes Leben in Würde und aktive Teilnahme am gesellschaftlichen Leben auch im Alter ermöglichen.

Eine Landesarbeitsgemeinschaft stellt sich vor: LAG 50 plus - Seniorenpolitische Arbeitsgemeinschaft der Schleswig-Holsteinischen Linken

Bundes- wie Landessatzung der Partei DIE LINKE bestimmen, dass innerparteiliche Zusammenschlüsse durch die Mitglieder frei gebildet werden können. Sie sind entsprechend ihren Schwerpunktthemen aktiv in die Arbeit aller Parteiebenen einzubeziehen. Seniorinnen und Senioren bilden, sofern sie sich so erklärt haben, einen dieser Zusammenschlüsse.

Auf Bundesebene arbeitet die Seniorenarbeitsgemeinschaft der Partei DIE LINKE (SAG) auf dieser Grundlage zu seniorenpolitischen Themen. Aktuell bemüht sie sich - zusammen mit den Landesarbeitsgemeinschaften - um ein seniorenpolitisches Grundsatzpapier für die aus PDS- Linkspartei und WASG hervorgegangene Partei DIE LINKE, denn diese verfügt bisher über keine umfassende seniorenpolitische Programmatik. Für eine so junge Partei ist dies wenig erstaunlich. Wir sind bei der Arbeit - und das ist ein durchaus spannender Prozess!

Diese Arbeit geschieht vor dem Hintergrund vielfältiger wissenschaftlicher, gesell-

Das Skandinavische Wohlfahrtsmodell

Geschichte, Analysen und Vergleiche - 2. Teil

“In der folgenden Untersuchung will ich das gegenwärtig existierende ”nordische Modell” sowohl historisch, wie wirtschaftlich und politisch unter die Lupe nehmen,“ so schrieb ich in der letzten “Info DIE LINKE” vom Februar 2009. “... und in der nächsten Ausgabe soll in einem weiteren Artikel ein Vergleich zwischen dem skandinavischen und anderen Sozialsystemen Europas vorgenommen werden.”

Dies tue ich hiermit.

- Edda Lechner,

LAG “Kommunistische Politik von unten”.

Wir wollen gesellschaftliche Teilhabe an Kultur, Umwelt, Politik, Sozialem und Sport, und zwar ohne soziale und andere Barrieren. Diese allgemeine Zielsetzung ist in einen breiten Themenkanon von der Rente bis zur Pflege, von Bildung und Kultur über Gesundheitsfragen, Wohnen, Verkehrs- und Städteplanung bis zur Interessenvertretung in Heimen oder Kommunen praktisch-politisch umzusetzen.

Hier definieren wir unsere politische Aufgabe als LAG. Auf bisher drei Sitzungen haben wir uns u.a. mit Pflege- und Betreuungsperspektiven in der Altenpflege beschäftigt. Ein Schwerpunkt der weiteren Arbeit wird die Rentenkampagne unserer Partei sein.

Unsere LAG-Organisationsstruktur ist und bleibt minimalistisch. Wir haben einen offenen Koordinierungskreis, der konkrete Aufgaben delegiert. Das funktioniert! Erfahrungswissen!! Zentrales Organisationsinteresse der LAG 50 plus ist es, die an linker Seniorenpolitik interessierten Menschen in Schleswig-Holstein zu vernetzen - ohne personelle Ressourcen von der Parteibasis abzuziehen. Dazu werden wir fachspezifische Fortbildung und - als Kooperationspartner - öffentliche Veranstaltungen zu seniorenpolitischen Themen organisieren.

Natürlich werden wir uns einmischen, wo immer seniorenpolitische Fragen berührt werden. Und wir werden für DIE LINKE und damit für eine neue soziale Idee werben, denn nur über eine starke LINKE wird für die große Mehrheit der Menschen in diesem Land ein selbstbestimmtes Leben in Würde - auch im Alter - politisch erreichbar.

Jürgen Buntkowski, Glinde

Tel. 040 - 7112980

E-Mail: juergen.buntkowski@web.de

Vergleichsweise...

Betrachten wir die unterschiedlichen Sozialsysteme zwischen den skandinavischen Ländern und dem westlichen Europa an hand konkreter Beispiele vor allem in Bezug auf die Arbeitsverhältnisse. Die beigefügte Statistik liefert für “wissenschaftlich Interessierte” einige Beweise, die allerdings nicht ganz leicht zu verstehen sind.

Beschäftigungsniveau

Das hohe Beschäftigungsniveau ist der entscheidende Aspekt für Skandinavien. Es liegt bei 75% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren. Nur die Niederlande - allerdings durch Teilzeitarbeit - und annähernd die Schweiz und die angelsächsischen Länder erreichen diese Werte, Deutschland, Frankreich und Italien zeigen ein besonders niedriges Niveau. Dieses Beschäftigungsniveau schließt Frauen und Ältere mit ein. Die Beschäftigung der über 55 Jährigen ist um mehr als 50% höher als in Deutschland. Außerdem haben Frauen in den nordischen Ländern feste Vollzeit- und kaum Teilzeitarbeitsplätze. Die hiesige Beruf-oder-Haushalt“-Ideologie ist diesen Ländern fremd. Der Prozentsatz befristeter Arbeitsverhältnisse im skandinavischen Durchschnitt gleicht dem auf dem Kontinent. Der Kündigungsschutz ist Teil des Sozialsystems. Eine Ausnahme bildet nur - wie schon erwähnt - das flexicurity-System in Dänemark. Bei einem breit angelegten Vergleich über den Zusammenhang von Arbeitsmarktstruktur, sozialer Sicherung und Beschäftigung schnitt dieses Land aber dennoch 2007 mit “best case” ab.

Lohnstandard

Dänemark hat nicht nur im Verhältnis zu Schleswig-Holstein vergleichsweise hohe Löhne. Lohndifferenzen zwischen Frauen- und Männerlöhnen sind eher gering. Der Niedriglohnsektor ist dem des Kontinents ähnlich und etwas zunehmend. Außer von 1996 bis 2000 sind die Löhne in Skandinavien stärker gestiegen als auf dem europäischen Kontinent. Ursache dafür ist u.a. der hohe gewerkschaftlicher Organisationsgrad (bis zu 80% aller Arbeitnehmer), die politische Verbindung der Gewerkschaften mit der sozialdemokratischen Staatsführung und ein gegen Neo-Liberalismus und Monetarismus beibehaltenes keynesianisches Denkmuster der nordischen Ökonomen. Streiks sind aber durchaus auf der Tagesordnung. Ein auf Streiten und Miteinander-Reden basierender Konsensualismus bleibt aber weiterhin bestehen. Mindest-

löhne gibt es im skandinavischen Sozialstaatsmodell nicht, aber in der Regel werden die tariflich vereinbarten Mindestlöhne anerkannt.

Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosigkeit ist im Norden durchschnittlich nur halb so hoch wie auf dem Kontinent, nur Finnland steht etwas schlechter da, erklärbar durch den Verlust des Exportmarktes in der ehemaligen Sowjetunion 1990. Die Langzeitarbeitslosigkeit ist in Skandinavien besonders niedrig im europäischen Vergleich, entsprechend dem Beschäftigungsniveau von Frauen und älteren Menschen. Die Lohnersatzquote mit 90% für Niedriglöhner in Dänemark ist wesentlich höher als z.B. in Deutschland mit 60%. Werden allerdings die verschiedenen Einkommensgruppen, die verschiedenen Zahlungen zu Beginn oder nach 60 Monaten Arbeitslosigkeit, sowie die Dauer der Zahlungen berücksichtigt, so gleichen sich die Summen eher an. Anders als im Gesundheitswesen und bei der Rentenversorgung ist die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit freiwillig, die Beiträge werden von Arbeitnehmern und anteilig von den Arbeitgebern bezahlt, die Auszahlung erfolgt nach staatlichen Regelungen aber nicht durch die Staatskasse. Traditionell ist der Beitritt zur Gewerkschaft verbunden mit dem Abschluss einer Arbeitslosenversicherung, daher auch der hohe Organisationsgrad. Heute gibt es aber auch - in Dänemark z.B. 37 - zusätzliche Privatversicherungen.

Weiterbildung

Eine Besonderheit sozialer Regelung sind die zahlreichen Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten durch die Einrichtung von Sonderurlauben, die auch als Elternschaftsurlaube gewährt werden. Bis 1999 gab es sogar ein sogenanntes “Sabbatjahr” (Berufsurlaub für ein Jahr). Bei Erhalt des Arbeitsplatzes werden sie mit 60% des vorherigen Lohnes vergütet und über 25-Jährigen mit Berufserfahrung gewährt. Natürlich senken die freigemachten Stellen die Arbeitslosigkeit - aber diese verursacht ja ebenfalls gesellschaftliche Kosten. Ideologisch bewirkt diese Form des Umgangs mit den Arbeitnehmern auf jeden Fall einen höheren Grad an sozialer Wertschätzung.

Gesundheitssystem

Das nordische Modell hat ein steuerfinanziertes Gesundheitssystem mit geringem Anteil von Eigenleistungen für Zahnersatz und Arzneimitteln und einer

	1	2	3	4	5	6	7	8
	Befristete Arbeits- verhältnisse	Niedrig- lohn- sektor	Gini- Koeffizient	Percentil Ratio 90/10	Armut- raten#	Lohnersatzquoten* Start	60 M	Kündigungs- schutz**
Belgien	8,7	12,5	0.272	3.2	7,8 (1995)	61/ u	61	2,5
Dänemark	9,8	9,3	0.225	2.7	4,3/ 0,6	70/48	70	1,8
Deutschland	12,2	15,8	0.277	3.5	8,9/ 0,6	69/12	66	2,5
Finnland	16,2	k.A.	0.261	3.1	6,4/ 1,5	70/23	65	2,1
Frankreich	12,3	14,0	0.273	3.4	7,0/-0,4	75/23	57	2,9
Irland	3,4	13,7	0.304	4.4	15,4/ 4,4	49/15	64	1,3+
Italien	11,9	7,5	0.347	4.6	12,9/-1,3	54/ 6	22	2,4--
Niederlande	14,6	16,6	0.251	3.0	6,0/-0,3	74/24	66	2,3
Norwegen	9,9	k.A.	0.261	2.8	6,3/-1,7	68/36	56	2,6
Österreich	8,9	k.A.	0.252	3.3	9,3/ 1,9	63/ 9	57	2,2-
Schweden	15,1	6,4	0.243	2.8	5,3/ 1,6	75/28	63	2,6
Schweiz	12,3	k.A.	0.267	3.2	6,7/-1,9	77/24	69	1,6
Spanien	30,4	15,2	0.303	4.1	11,5 (1995)	67/21	49	3,1
UK	5,7	23,4	0.326	4.2	11,4/ 0,5	54/ 6	53	1,1
USA	k.A.	23,2	0.357	5.4	17,1/ 0,4	54/ 6	36	0,7

Erläuterung der Spalten:

Zahlen hinter dem Querstrich geben Veränderungen Mitte der neunziger Jahre an.

Spalte 1: Befristete Arbeitsverhältnisse in % der Gesamtbeschäftigung

Spalte 2: Niedriglohn bedeutet, das Einkommen liegt unter 2/3 des Durchschnittlichen Einkommens

Spalte 3: Der Gini-Koeffizient misst die soziale (Un-)Gleichheit von Einkommen und Vermögen. Null ist totale Gleichheit, eins ist die höchste Stufe der Ungleichheit.

Spalte 4: Verhältnisberechnung, nicht beachten

Spalte 5: Armutsquote bedeutet, das Einkommen ist geringer als 50% des Durchschnittslohns

Spalte 6: Lohnersatzquote, Nettoeinkommen inklusive Mietzuschuss bei Beginn der Arbeitslosigkeit. Nach dem Querstrich erscheint die Dauer der Arbeitslosenzahlung in Monaten

Spalte 7: Prozentsatz des letztverdienten Einkommens, den man nach 60 Monaten Arbeitslosigkeit erhält

Spalte 8: Kündigungsschutz - je höher der Wert, desto besser der Schutz.

Quellen: OECD in 2004, rückblickend auf 1999-2004

hohen Krankengeldzahlung bis zu 1900 Euro monatlich in Dänemark. Ein Kritikpunkt gegen das nordische System ist der relativ hohe Krankenstand: in Schweden durchschnittlich pro Arbeitnehmer 26 Tage, in Finnland 15 Tage. Dänemark passt sich mit "nur" 10 Tagen dem sonstigen europäischen Standard an: Deutschland mit 8, Irland mit 6 Tagen. Kritiker werten auch diesen Zustand als Billigung "versteckter Arbeitslosigkeit".

Dazu müsste man im europäischen Vergleich dann aber auch andere Faktoren wie hohe Frühinvalidität (Großbritannien) und Frühpensionierung (Österreich), sowie die Nutzung saisonal befristeter, meist ausländischer Arbeitskräfte (besonders in der Schweiz) zählen. Die Folgen "zu geringen" Krankenstandes bleiben auf jeden Fall in den skandinavischen Ländern aus: sie kommen bei der Bewertung des Gesundheitszustandes in ihrer Gesellschaften weltweit am besten weg, obwohl sie als Länder mit z.T. sehr geringer Einwohnerzahl besondere Schwierigkeiten für eine flächendeckende Ärzte-, Krankenhäuser und Pflegeversorgung haben.

Schweden gehört zu den gesündesten Völkern der Welt!

Altersfürsorge

Die Versorgung im Alter wird von einer steuerfinanzierten Grundrente (Schweden 731 Euro, Dänemark 1280 Euro), einer weiteren Rentenzulage - nach oben begrenzt - und einer kapital-gedeckten Zusatzpension als Versicherungsleistung auf eingezahlte Beiträge bestritten. Die dänische und schwedische Grundrente steht allen Bürgern und EinwohnerInnen ab dem 65. Lebensjahr mit drei Jahren Wohnsitz im Lande, allen AusländerInnen mit 10 Jahren Wohnsitz auch ohne Arbeitsverhältnisse zu.

Steuersystem

So großzügig die Sozialleistungen gemessen werden, so stark sind zum Ausgleich die Steuerprogressionen und die Mehrwertsteuern (Dänemark und Schweden 25%, Finnland 22%). Besonders hervorzuheben ist aber, dass die gesamte Steuerfinanzierung von der Einnahme bis zur Verteilung über die Kommunen abgewickelt wird. Sie können also kurzfristig für den Bau einer sozialen Einrichtung die Steuern erhöhen und wieder senken und haben eine uns sehr ungewohnt erscheinende rigorose öffentliche Kontrolle, was aber bestimmt aber gut gegen Steuerbetrug wirkt. Gut Verdienende erhalten als Ausgleich für ihre hohe Steuerbelastung (bis über 50% des Lohnes in Dänemark)

garantiert eine grundlegende Gesundheitsversorgung und eine akzeptable, auch progressiv steigende Altersversorgung.

Bedeutend ist aber vor allem der sozialstaatliche Umverteilungseffekt, der größer ist als in den Sozialsystemen beinahe aller anderen Länder und der von der Bevölkerung offensichtlich angenommen und gewünscht wird. Arbeitslose, Niedrigverdienende, Frauen, Ältere und vor allem Kinder profitieren davon. Wenn auch die Armutsentwicklung im Zusammenhang mit leichteren Sozialleistungskürzungen in Dänemark, Schweden und Finnland parallel zum internationalen Trend verlief und in den letzten Jahren eine Zunahme verzeichnet, so bleibt doch vor allem die Armut von Kindern fast gänzlich davon verschont. Für sie gibt es eine extensive Betreuung von Geburt an mit kostenloser Gesundheitsversorgung (Erwachsene müssen z.B. bei Zahnbehandlung zuzahlen) über ausreichende Krippen, Vorschulerziehung bis zu den Ganztags- und Gemeinschaftsschulen bis zur 10. Klasse oder zum Abitur. Und für alle Eltern weitgehend kostenlos. Die PISA-Studien bescheinigen dieser Politik vor allem eine Höchststufe der Effektivität. Um sozial bedingte Nachteile auszugleichen.

Trotzdem konkurrenzfähig?

Befürworter, aber vor allem Gegner des skandinavischen Modells, hinterfragen immer wieder die Konkurrenzfähigkeit dieses sozial kostspieligen Staatsmodells in guten wie in schlechten Zeiten.

Globalisierung und Wirtschaftskrisen haben selbstverständlich auch die nordischen Länder erreicht. Aber seit Anfang 1995 befinden sich Schweden, Dänemark und Finnland in einem ungebrochenen Aufschwung. Gegenwärtig hat Dänemark eines der höchsten Pro-Kopf-Einkommen der Welt. Die sozialen Charakteristika mit wohl schwankender, aber immer wieder stabiler wirtschaftlicher Wettbewerbsfähigkeit läßt danach fragen, mit welchen besonderen Maßnahmen dieser Zustand erreicht wird. Auf jeden Fall können es nicht nur die die relativ hohen Steuern sein, die die Organisation eines so kostspieligen Sozialstaates garantieren.



In den nordischen Staaten sind fast ein Drittel aller Berufstätigen im Öffentlichen Dienst angestellt - im personalintensiven Gesundheits-, Fürsorge-, Kinderbetreuungs- und Schulwesen. Die durch die hohe Anzahl von öffentlichen Einrichtungen und mehr Personal besser versorgten Menschen werden das begrüßen und nicht wie in Deutschland über schlechte Versorgung zu klagen haben. Gegner des nordischen Modells reden aber gerne von öffentlicher "Ineffektivität". Immerhin führen diese Einrichtungen auch wirtschaftlich zu einer hohen Beschäftigungsquote, zu gleichbleibend hohen Steuereinnahmen und geringer Arbeitslosigkeit.

Krisen werden von den Regierungskoalitionen im Norden nicht nur als Finanz- und Schuldenkrise, sondern als solche der privaten Nachfrage interpretiert. Ihre Lohn- und Beschäftigungspolitik spricht dafür. Sicher führen mehrere Wege zum Wirtschaftswachstum, aber wo in den letzten Jahren Konsum gar nicht oder nur leicht gestiegen ist, wie in Deutschland und den Niederlanden, war trotz vermehrtem Export das Wirtschaftswachstum sehr gering. Auch Untersuchungen in anderen westlichen Ländern bestätigen dies. Zur Förderung des Konsums versuchten Dänemarks und Schwedens, die Hauspreisentwicklung und die steuerliche Förderung von Hypotheken zu beein-

flussen. Dies bewirkte, dass in den 90er Jahren auf den Häuserkauf allein ein Drittel des Konsumanstiegs zurückzuführen war. Als ab 2000 in Dänemark statt bisher 46,4% nur noch 32 % der Hypothekenzinsen von der Steuer abgesetzt werden konnten, kühlte sich die Wirtschaft deutlich ab.

Auch Glück spielt im wirtschaftlichen Prozess eine Rolle. Das vor Norwegens Küste entdeckte Öl ist für dieses Land ein solcher Glücksfall. In Ermangelung sonstiger industrieller Ressourcen außer dem Fisch, kann dieses Land nur so seinen so-

zialen Standard und seine Konkurrenzfähigkeit erhalten. Auch Dänemark verdankt in den letzten Jahren seinen wirtschaftlichen Aufschwung in hohem Maße dem vor seiner Küste in der Nordsee gefundenen Öl. Es ist allerdings nicht ausschließlich davon abhängig, sondern hat wie Schweden und Finnland auch anderes zu bieten.

Die drei verbliebenen Länder haben zusätzlich zu ihrer hochentwickelten traditionellen Produktion - in Dänemark mit 12% die Landwirtschaft, in Schweden und Finnland mit 15%, bzw. 26% die Erzeugung von Holz und in Schweden mit Industrieprodukten wie Metallen - weitere bedeutende Innovationen vorgenommen und einen neuen hochproduktiven Marktsektor hervorgebracht. Mit 4%, bzw. 3,5 % des Innovationsfaktors liegen um einen ganzen Prozentpunkt höher als Deutschland. Das bewirkt wiederum ein Anwachsen privater und internationaler börsenfinanzierter Investitionen.

Zu den Anstrengungen, wirtschaftlich voranzukommen und in die umliegenden europäischen Länder zu exportieren (%), gehört auch das bereits erwähnte effektive Bildungs- und Weiterbildungssystem. Beim "Global Competitive-ness Index" (weltweiter Vergleich der Wettbewerbsfähigkeit) nehmen sie jedenfalls einen Spitzenplatz ein. Eine Steigerung der Pro-

duktivität, der Spezialisierung mit komparativen Vorteilen (danish design) und ein Vordringen in den Bereich der modernen Elektronik- und Informationstechnologie (Nokia) ließ sie wirtschaftlich aufholen.

Zusammenfassung

Das skandinavische Modell ist aus einer ganz besonderen historisch-politischen Konstellation entstanden. Es ist geprägt von einem vergleichsweise hohen Brutto-sozialprodukt, von einer traditionell und modern geführten Marktwirtschaft mit zahlreichen neuen Innovationen. Es kann sich auf grund dessen immer noch ein europaweit bewundertes Sozialsystem leisten, in dem alle Bürger einen hohen steuerlichen Einsatz leisten müssen, aber dafür eine ungleich gute Sozialversorgung erhalten. Ihr Umverteilungseffekt - der geringe Unterschied zwischen Arm und Reich vor allem mit seiner Wirkung auf die Situation bei Kindern - ist vorbildlich. Dem liegt neben den äußeren wirtschaftlichen Bedingungen sicher auch eine politisch-ökonomische, keynesianistische Einstellung der Wirtschaftsunternehmen, sowie ein in den wechselnden Regierungskoalitionen geübtes System des Konsensualismus zugrunde. Für die Bevölkerung scheint diese Form des Staatswesens auf jeden Fall ideologisch das non plus ultra zu sein. Jeder Versuch ihrer Regierungen, diesen Sozialen Wohlfahrtsstaat zu beschneiden, wurde mit heftigen und erfolgreichen Widerstand gekontert - allen Wirtschaft- und Finanzkrisen zum Trotz.

Ein solch historisch gewachsenes, eigenständiges und kompliziertes Sozialmodell aber einfach auf andere kapitalistische Gesellschaften übertragen zu wollen, ist sicher von vornherein zum Scheitern verurteilt. Es als Anregung für mögliche Alternativen in bestimmten Bereichen des eigenen sozialen Wohlfahrtsstaates zu nutzen, scheint geboten.

Quellen:

- Uwe Becker: "Was ist dran am skandinavischen Modell?" aus: "Leviathan"; Volume 36, Number 2 / Juni 2008, Seite 229ff; Verlag für Sozialwissenschaften
- Martin Bolkovac: "Sozialpolitik im internationalen Vergleich", Reihe Sozialrecht, Skript des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, 2007
- Goesta Esping-Andersen, "The Three Worlds of Welfare Capitalism", Cambridge 1990

Warnstreik bei der Nordeutschen Teppichfabrik:

Mehr als 900 Beschäftigte der norddeutschen Textil- und Bekleidungsindustrie haben sich Mitte März an den bundesweiten Warnstreiks beteiligt. Proteste gab es bei dem Autozulieferer Autoliv in Elmshorn, bei Autoflug in Rellingen (beide Kreis Pinneberg) und der Nordeutschen Teppichfabrik in Geesthacht (Kreis Herzogtum Lauenburg). In Elmshorn legten 500, in Rellingen 150 und in Geesthacht 250 Beschäftigte an unterschiedlichen Tagen die Arbeit für mehrere Stunden nieder.

Der Forderung der IG Metall nach 5,5% mehr Lohn und Gehalt für 12 Monate stellten die Arbeitgeber ein provokantes Angebot gegenüber: Ab 2010 sollen die Metaller 1,5 Prozent mehr erhalten „Wir brauchen keine Fastenpreise sondern kräftige Entgeltsteigerungen“, betonte Milos Ladic, Betriebsratsvorsitzender bei der Teppichfabrik und rief die Beschäftigten der Nordeutschen Teppichfabrik in Geesthacht (365 Beschäftigte) zu Warnstreik auf. „Die Löhne und Gehälter der Beschäftigten der Textilindustrie sind nicht gerade üppig und die Lebenshaltungskosten machen auch keine Krisenpause.“

Als Redner zu der Kundgebung hatte der Betriebsratsvorsitzende nicht nur den Vertreter der Bezirksleitung der IG-Metall Küste, Peter Wolf, sondern auch den Landessprecher der LINKEN-SH, Björn Radke, eingeladen. In kurzer Zeit verteilten drei GenossInnen aus Geesthacht noch 60 Flugblätter „DIE LINKE will 160 Milliarden zum Wohle aller einnehmen“... Unser Landessprecher ermunterte die Warnstreikenden bei den kommenden Wahlen all jenen die Rote Karte zu zeigen, die Lohndumping, Rentenkürzungen, Hartz IV und die Wirtschafts- und Finanzkrise zu verantworten hätten.

- Mitglieder Info 14/09

Sofortige Freilassung der inhaftierten PolitikerInnen der DTP in der Türkei

Die 3. Tagung der 14. Bundeskonferenz der „Kommunistischen Plattform“ (eine LAG gibt es auch bei der LINKEN-SH) forderte am 19.4.2009 die sofortige Freilassung der für eine friedliche und demokratische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts wirkenden PolitikerInnen der DTP (Partei für eine demokratische Gesellschaft) sowie der weiteren Betroffenen, die sich - nach ihrer erfolgreichen Wahl im Osten der Türkei - seit letzter Woche in Haft befinden.

„Wir fordern sämtliche Organe der Partei DIE LINKE, besonders den Vorstand und die Fraktion im Bundestag sowie im Europaparlament auf, sich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln für eine friedliche und demokratische Lösung des türkisch-kurdischen Konflikts einzusetzen und sich für die Freilassung der Inhaftierten stark zu machen.“

- Ludger Schulte



Asterix und Obelix im gallischen Dorf

LINKE“. Ein professionell gestaltetes Blatt mit hohem Informationswert. Alle Meinungen im Land werden aufgegriffen und veröffentlicht. Das ist die Nummer eins. Nummer zwei ist der „Linksblick“, Organ des Neumünsteraner Kreises. Während der „Linksblick“ klare Stellung bezieht, bleiben seine politischen Perspektiven nebulös. Teile der LINKEN im Land beobachten besorgt, wie sich die eigene Partei in die gesellschaftliche Mitte bewegt. Vergleiche mit der Entwicklung der Grünen sind durchaus angebracht. Vor zehn Jahren mutierten die Grünen unter Joseph Fischer von der Friedens- zur Kriegspartei. ...

Es gibt sie aber noch, die kleinen gallischen Dörfer, die sich solchen Vereinnahmungsversuchen verweigern. Was hätte aus Asterix, Obelix und all den anderen werden können, hätten sie sich im Kampf gegen die Römer mit (allen anderen Völkern) ihresgleichen verbündet! Wie heißt doch „Veni, vidi, vici“ im Plural? Venceremos! Diesen Galliern und allen wahren linken Kräften in den Betrieben und Gewerkschaften soll der Klartext LINKS ein Sprachrohr sein.“

Unter: <http://www.klartextlinks.de/> ist die Homepage der Zeitung zu erreichen.

Die Redaktion Info.DIE LINKE begrüßt die neue Zeitung und freut sich, dass auch weitere „in der Mache“ sind.

Es gibt eine weitere neue Zeitung in unserem Landesverband

„Asterix und Obelix im gallischen Dorf oder die Frage Hat die LINKE in SH auf den KLARTEXT gewartet? Nein, dass hat sie nicht.

Warum also eine neue Zeitung?

Die LINKE in SH verfügt über eine ganze Reihe regelmäßig erscheinender Publikationen. An erster Stelle steht „Info.DIE

INFO DIE LINKE.
SCHLESWIG-HOLSTEIN

Kiel, 30. April 2009

Online-Ausgabe

Herausgeber: DIE LINKE.-SH, Landesrat, 241 03 Kiel, Sophienblatt 19, Tel: 04 31 - 73 77 01; eMail: info@dielinke-sh.info

Die Redaktion: Mitglieder: Wolfgang Beutin, Daniel Dockerill, Ralf Iden, Karl-Helmut Lechner, Brigitte Sawirucha.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts (ViSdP): Edda Lechner

Kontakte: Edda Lechner, Tel: 040 - 522 35 67; eMail: Edda.Lechner@wtnet.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.